



## Wir kommentieren

**ein Denkmodell:** Wann ist die Mitte golden? – Politik der Mitte ein brauchbares Leitbild? – Die Mitte in der Demokratie – Mehrheit und Gleichgewicht – Abschirmung gegen die schlimme «Revolution» – Politik der Mitte als individuelles Verhaltensmuster – Unreife Verlegenheit oder reife Offenheit – Zwei Ebenen im sozialen Bereich – Für Interessenausgleich eignet sich der Kompromiß – Zur Existenzdeutung bedarf es der höheren Synthese – Dynamischer Weg zur Einheit – Gegen Mißdeutungen eines Bischofswortes.

**eine Revolution in Raten:** «Die positive Bilanz» von zwanzig Jahren Kommunismus in der CSSR – Klassenkampf in der kommunistischen Partei – Drei Momente der stillen Revolution – Das wirtschaftliche Debakel – Geldgeber für den Ostblock – Opposition der Slowaken und der Gebildeteren – Ideologen und Technokraten.

## Lateinamerika

**Die Christen und die Revolution:** Elend neben Luxus – Die nachkonziliare Kirche beginnt sich mit den Armen zu identifizieren – Drei Dokumente – 1. Manifest der 18 Bischöfe – Strukturwandel ist nötig – Jede institutionelle Macht stammt aus einer Revolution – 2. 300 Priester fordern: Soziales Engagement der Kirche – Lösung vom paternalistischen System – Konkrete Maßnahmen – 3. Partelis Hirtenbrief: Wir Katholiken sündigen durch Unterlassung – Genügen Worte? – Helder Camaras' Versuche einer gewaltlosen Revolution – Schlimme Erfahrungen – Priester-Revolutionär Torres: Revolution ist verpflichtend für den Christen – Che Guevara: Das Maß der täglichen Liebe ist nicht genügend – Zusammenarbeit mit den Marxisten?

## Zölibat

**Ein negatives Ergebnis:** Pflichtzölibat der Weltpriester ein echtes Problem – Paul VI. ver-

suchte eine Lösung – Prof. Antweilers kritische Analyse der Enzyklika – Die wirklichen Gründe werden nicht genannt – Zölibat ist nur in bestimmten Gesellschaftsformen möglich – Charisma und Pflicht schließen sich aus – Zölibat ein Gruppenschutz für den Klerus.

**Das klerikale System:** Marc Oraison stellt das Problem in einen größeren Zusammenhang – Die Zölibatsfrage ist nicht nur ein «Sexproblem» – Diese Schwierigkeit ist Teilaspekt des radikalen Wandels – Parallelscheinungen in den evangelischen Kirchen – Das klerikale System, die institutionelle priesterliche Situation steht in Frage – Nicht Aufhebung des Zölibats, Aufhebung überlebter Standesstrukturen bringt die Lösung – Neue missionarische Priesterformen – Verbindung mit weltlichen Berufen.

## Buchbesprechungen

Normen der Gesellschaft – Pressefreiheit und Presseverantwortung.

## KOMMENTARE

### Die «goldene Mitte»

Ein Denkmodell kritisch untersucht

Seitdem in der nachkonziliaren Kirche dank der gewonnenen Diskussionsfreiheit so etwas wie demokratische Regeln der Meinungsbildung sich eingespielt haben, kann man nicht selten das Wort von der «goldenen Mitte» hören. Was soll es sagen? Kompromiß? Mangel an Mut zur Entscheidung? Vereinigung von Unvereinbarem? Ja und Nein gleichzeitig? Wann ist es Kraft – wann Schwäche? Anregung zu diesen Gedanken gab ein Wort des neuen Bischofs von Basel, Msgr. Anton Hänggi.

In seinem ersten Gruß an die Gläubigen seiner Diözese legt der neugeweihte Bischof seinen Wahlspruch aus: «Ut omnes unum sint». Seine Leitidee ist die Einheit des Gottesvolkes, die Einheit aller Christen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, scheint ihm eine «Politik der Mitte» der beste Weg zu sein. Er schreibt: «Einheit läßt sich nicht an der Peripherie und nicht im Extrem finden, sondern immer nur von der Mitte her und zur Mitte hin. Wir sollen uns darum alle ernstlich bemühen, ‚Menschen der Mitte‘ im richtig verstandenen Sinn zu sein» («Vaterland», 13. Februar 1968, S. 3).

Der neue Bischof stellt sich also vor als ein Mann der Mitte. Ein Soziologe würde das sehr verständlich finden, gehört er doch altersmäßig zur Schicht zwischen fünfzig und sechzig, also zur Schicht des sogenannten «Mittelalters». In dieser Hin-

sicht vertritt er übrigens die Schicht, die in unserem Klerus prozentual am stärksten vertreten ist. Ist diesem Alter nun aber die Politik der Mitte nicht am naheliegendsten?

Die schärfsten Gegner einer solchen Politik kommen aus grundverschiedenen Lagern: Da sind einerseits, im innerkirchlichen Raum, die Integralisten, die zu keinen Konzessionen bereit sind. Für sie läßt sich die Wahrheit nicht ausmarkten. Der Mode nachgeben ist Zeichen der Schwäche, Gott ist ja «semper idem», wie es Kardinal Ottaviani in seinen Wahlspruch gesetzt hat. Auf der andern Seite finden wir die revolutionären Geister, die Umsturz wollen, und nicht Ausgleich und Gleichgewicht. Nehmen wir auf dem Gebiet der Politik den markantesten Vertreter, Karl Marx. Für ihn ist eine Politik der Mitte, sind Parteien der Mitte ein rotes Tuch. In seiner Analyse der Zweiten Republik in Frankreich schreibt er über die Partei der Mitte: «Der Demokrat, weil er das Kleinbürgertum vertritt, also eine Übergangsklasse, worin die Interessen zweier Klassen sich abstupfen, dünkt sich über den Klassengegensatz überhaupt erhaben. Die Demokraten geben zu, daß eine privilegierte Klasse ihnen gegenübersteht, aber sie, mit der ganzen übrigen Umgebung der Nation, bilden das Volk. Was sie vertreten, ist das Volksrecht; was sie interessiert, ist das Volksinteresse. Sie brauchen daher bei einem bevorstehenden Kampf die Interessen und Stellungen der verschiedenen Klassen nicht zu prüfen. Sie brauchen ihre eigenen

Mittel nicht allzu bedenklich abzuwägen. Sie haben eben nur das Signal zu geben, damit das Volk mit allen seinen unerschöpflichen Ressourcen über die Dränger herfalle. Stellen sich nun in der Ausführung ihre Interessen als uninteressant und ihre Macht als Ohnmacht heraus, so liegt das an verderblichen Sophisten, die das unteilbare Volk in verschiedene feindliche Lager spalten» (K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels, Studienausgabe Bd. IV, Fischer Bücherei Nr. 767, S. 62).

### Politik der Mitte

Nach diesen einführenden Bemerkungen wollen wir den Begriff der Mitte selber schärfer bestimmen und das Denkmodell, das auf ihm beruht, genauer untersuchen.

Das Bild oder der Begriff der Mitte scheint aus dem Bereich der Mathematik zu stammen. Die Mitte bezeichnet hier entweder einen Punkt in einem Kreis oder auf einer Geraden. Bestimmt wird dieser Punkt durch die gleich große Distanz von zwei oder mehreren Enden aus. Es handelt sich um eine Wirklichkeit, die man mißt, die man in Zahlen ausdrücken kann.

Bei menschlichen Phänomenen (Meinungen, Eigenschaften, Verhaltenszüge) finden wir nicht selten eine Verteilung nach dem Gesetz von *Gauß*. In diesem Fall verbindet sich mit der Vorstellung der Mitte die Vorstellung der höchsten Frequenz, die Vorstellung der Mehrheit; mit andern Worten, wir haben dann die Vorstellung, daß der Mittelwert jener ist, der am meisten Prozent oder am meisten Stimmen auf sich vereint, während die Außenwerte, je mehr sie vom Mittelwert abweichen, um so geringere Prozente oder Stimmen verzeichnen. Man muß sich fragen, ob es nicht diese Vorstellung sei, die viele Menschen zu einer Politik der Mitte antreibt. Man geht von der Erwartung aus, daß eine Übereinstimmung, eine Mehrheit in der Mitte, am leichtesten zu erzielen sei.

Damit weist uns das Modell der Mitte in den Bereich der demokratischen Spielregeln. Hier gilt das Gesetz der Mehrheit, und zwar der numerischen Mehrheit. Mehrheit ist natürlich bei weitem nicht immer gleichbedeutend mit wohlausgeglichener Mitte: wir können eine Mehrheit der Linken oder eine Mehrheit der Rechten haben, alles kommt auf das jeweilige Kräfteverhältnis der verschiedenen Tendenzen an und darauf, wie viele Tendenzen überhaupt einander gegenüberstehen und wie weit sie voneinander entfernt sind. Aber das Sich-Herauskristallisieren einer Mehrheit besagt, daß die von der Mehrheit abweichenden Tendenzen quantitativ wenigstens als peripher betrachtet werden können.

Der Mehrheitsentscheid verbürgt nicht optimale oder sogar maximale Wahrhaftigkeit oder Zweckmäßigkeit in bezug auf die entschiedene Sache, wohl aber optimale Sicherheit für das Gleichgewicht der betreffenden Gruppe. Eine Mehrheit kann sich täuschen, kann falsch vorausberechnen und demzufolge falsch entscheiden. Aber der Entscheid der Mehrheit, auch wenn er unerfreuliche Folgen nach sich zieht, bringt das soziale Gleichgewicht nicht in Gefahr, er hält es im Gegenteil aufrecht.

Damit verbindet sich mit der Vorstellung der Mitte und der Mehrheit die Vorstellung des harmonischen Gleichgewichts, des reibungslosen Funktionierens des sozialen Systems. Wer aber Gleichgewicht sagt, denkt an Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Hier stehen wir wohl vor einer der tiefsten Triebfedern für die Politik der Mitte.

Gewiß sind sich die Männer der Mitte bewußt, daß sich nicht immer alles so ruhig und glatt abwickelt wie sie es wünschen, daß die Menschheit in stetem Wandel begriffen ist. Man findet dann als Lösung das schöne Wort «Evolution». Im Grunde bedeutet dasselbe, vom Wunschbild der Ruhe und der Ordnung aus betrachtet, nichts anderes als eine Konzession an die

harte Realität. Es ist zugleich eine Abschirmung gegen die schlimme «Revolution».

Dieser kurze Einblick in die Bedeutung des Wortes «Mitte» deutet auf die Vielschichtigkeit, die in dieser Vorstellung enthalten ist.

Wie steht es um den Wert und die Brauchbarkeit dieses Begriffes als Leitidee? Wir behandeln die Frage vom psychologischen und soziologischen Standpunkt aus, das heißt wir betrachten die «Politik der Mitte» zuerst als individuelles Verhaltensmuster und fragen dann nach dem Wert und der Funktion derselben für die Gesellschaft, für die Gruppe.

### Ein doppelsinniges Verhaltensmuster

Wir gehen von einer mittleren Reifeschwelle in der Entwicklung der Persönlichkeit aus, denn unsere Frage stellt sich je anders oberhalb und unterhalb dieser Schwelle. Besagte Reifeschwelle ist erreicht, wenn ein Mensch ein gewisses Maß von Autonomie und Selbständigkeit erlangt hat und die sozialen Rollen, die ihm aufgetragen sind, auf persönliche Art und Weise sich angeeignet und zu einem kohärenten Ganzen in seine Persönlichkeitsstruktur integriert hat.

Unterhalb dieser Schwelle ist die Person unreif, unsicher, unselbständig, äußerst beeinflussbar. Das Bedürfnis nach Sicherungen, nach Anlehnung und Bestätigung ist verhältnismäßig groß.

Unterhalb dieser Reifeschwelle nun bedeutet die Politik der Mitte, das heißt die Tendenz, stets eine Mittelposition einzunehmen, eher eine Verlegenheit, eine Art Perplexität, eine Angst vor endgültiger Wahl, eine Unfähigkeit, sich zu entscheiden und Partei zu ergreifen, ein Hin- und Hersympathisieren, ein Zaudern und Zagen.

Eine solche Haltung macht den betreffenden Menschen zu einem Marginalen, denn er ist in keinem Lager richtig daheim. Er kann dabei sehr intelligent und ein scharfsinniger Kritiker sein, seine Marginalität aber wird ihm zur persönlichen affektiven Reifung nicht förderlich sein, denn sie vermehrt eher das Gefühl der Ungeborgenheit und der diffusen Angst.

Oberhalb der Reifeschwelle erhält die Politik der Mitte einen ganz anderen Sinn. Bei der reifen Persönlichkeit bedeutet sie vielmehr eine geistige Offenheit; es ist die Fähigkeit, ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben, auch den Standpunkt des andern ernst zu nehmen. Es ist die Kunst, die eigenen Interessen, die eigene Wahrheit – oder die seiner Gruppe – zu verteidigen und dabei auch das Berechtigte, das Positive, das Wahre der andern Partei anzuerkennen und gelten zu lassen. Es ist die Kunst des echten Dialogs.

Man kann sich freilich fragen, ob hier das Wort «Mitte» noch zutreffend ist, denn es ist ja nicht gesagt, daß der reife Mensch auf Grund seiner Offenheit und Freiheit letztlich eine Mittelstellung bezieht.

### Funktion für die Gesellschaft

Fragt man nach dem Wert und der Nützlichkeit einer Politik der Mitte vom Standpunkt der Gesellschaft aus, so muß man, wie schon gesagt, betonen, daß die Politik, die jede Lösung in der Mitte sucht, nicht unbedingt die beste Lösung bringt. Ferner ist die Größe der numerischen Mehrheit kein Gradmesser für die Tiefe und die Gültigkeit der erreichten Erkenntnis. Die Vorstellung, daß auseinanderstrebende Tendenzen sich in der Mitte treffen sollen, hat aber dieses Positive an sich, daß sie den ethischen Imperativ des gegenseitigen Sich-Anerkennens ausdrückt und vom Bewußtsein der eigenen Relativität getragen wird. In diesem positiven Sinne verstanden, muß Politik der Mitte bedeuten, daß keine Partei, keine Schicht sich dazu versteigt, ihr Interesse, ihren Anspruch als Heil des Ganzen auszugeben und zu verabsolutieren. Sonst wird sie zur Ideologie.

Wir müssen zwei Ebenen im sozialen Zusammenleben unterscheiden:

▷ die Ebene der ökonomischen Interessen und der praktischen Verhaltensregeln,

▷ die Ebene der Werte und der wertbegründenden Existenzdeutung.

Dort, wo es um reinen Interessenausgleich geht, kann die Praxis des Mehrheitsbeschlusses ihre soziale Funktion erfüllen: grundsätzlich führt sie zu einem verhältnismäßig gerechten Ausgleich. Natürlich bleibt das Problem, wie die überstimmte Minderheit respektiert wird.

Auch dort, wo es sich um technische Maßregeln des praktischen Zusammenlebens handelt, ist diese Praxis zufriedenstellend.

In diesen Fällen also ist die numerische Norm und das Sich-Treffen auf einer mathematischen Mitte ein annehmbares Entscheidungskriterium. Man muß sich natürlich bewußt bleiben, daß nicht jeder Kompromiß eine geglückte Fusion heterogener Elemente bedeutet. Oft ist das Resultat ein mittelmäßiges Flickwerk. Aber dort, wo es um Dinge geht, die geregelt werden müssen, kann man das «Ideale» oft nicht erreichen und muß man sich mit dem «Tragbaren» zufriedengeben.

Wo es sich hingegen um die Konfrontation von Werten und Existenzerhellung handelt, kann man sich mit der Lösung der quantitativen Mitte nicht zufriedengeben. Werte lassen sich nicht zusammenflicken. Die Lösung lautet hier nicht Kompromiß, sondern Evidenz und Klarheit, die Einheit muß auf einer höheren Ebene gefunden werden. Der Gegensatz von These und Antithese hebt sich erst auf der höheren Stufe der Synthese auf. Wahrheit wird nicht ausgehandelt, sondern mühevoll ausgeboren.

So war es zum Beispiel für das Konzil viel schwieriger, sich auf eine dogmatische Aussage zu einigen, als für ein Staatsparlament, ein Steuergesetz zu verabschieden. Es mußte sich zum Beispiel zuerst Klarheit verschaffen über das Verhältnis von Primat und Episkopat.

Oder auf einer andern Ebene: Der Liberalismus und der Kommunismus sind hervorgegangen aus einer Dissoziation der christlichen Idee der persönlichen Freiheit einerseits und der gesellschaftlichen Solidarität andererseits. Nur nach tiefer Verwandlung können die beiden in eine höhere Einheit integriert werden. Wie zwei Metallstücke nur in der Hitze des Schmelzofens flüssig werden und zu einem Stück zusammengegossen werden können, so muß die Menschheit wahrscheinlich im Schmelzofen der Weltgeschichte tiefgreifende Verwandlungsprozesse durchmachen, bis sie zu einer höheren, solideren Einheit kommen wird.

In Glaubensfragen scheint deshalb eine Politik der Mitte nicht besonders verheißungsvoll und angepaßt zu sein. Es sei denn, man verstehe das Wort «von der Mitte her und zur Mitte hin», das Bischof Hänggi gebraucht, in dem eben angeführten Sinn von gemeinsamem Suchen und Ringen nach der tieferen Erkenntnisstufe und nach der höheren Einheit. Das aber hat nichts mehr zu tun mit quantitativem Vor- und Nachgeben.

Man muß aber die Politik der Mitte noch von einer andern Seite her sehen. Sie wird oft gedacht in zeitlichen Kategorien als Mittelstellung zwischen Traditionalismus und Progressismus. Hier wiederum tritt die Zweideutigkeit der Mitte in Erscheinung: Soll sie Motor oder Bremse oder beides zusammen oder keines von beiden sein? Viele Kombinationen sind möglich, löbliche und weniger löbliche: man kann mit den Bremsern bremsen und mit den Stürmern voranstürmen, um bei beiden beliebt zu sein, man kann aber auch den ersteren die Bremse lösen und den zweiten steuern helfen, daß sie auf der Straße korrekt geradeaus fahren. Besorgtsein um geschichtliche Kontinuität und eigene Identität schließt prophetische Phantasie und sinnvolle Neuschöpfung nicht aus, sondern fordert sie recht eigentlich.

In einer Gesellschaft, die dynamisch ist wie die unsere und wo tiefgreifende Verwandlungsprozesse die Menschheitsentwicklung schnell vorantreiben, wirkt eine Mitte, die selber nicht dynamisch wäre und mehr darauf achtete, ja nicht die Ordnung zu stören als mit der Entwicklung Schritt zu halten, disfunktionell.

Mitte ist ein vieldeutiger Begriff. Politik der Mitte als Bereitschaft zur Begegnung und zur Anerkennung des andern, als Offenheit zur Auseinandersetzung ist ein brauchbares und fruchtbares Orientierungsmodell: «Mitte im richtig verstandenen Sinn», wie sie Bischof Hänggi als Weg zur Einheit, «ut omnes unum sint», meint. – Politik der Mitte kann aber auch zur Ideologie einer Mittelklasse oder eines «Mittelalters» werden, dann nämlich, wenn man die «goldene Mitte» ausspielt, um die eigenen Ansprüche zu verabsolutieren, um eigene Interessen als die der Gesamtheit hinzustellen und durchzusetzen, das heißt, daß sich der Teil zum Ganzen macht.

Immer muß scharf unterschieden werden zwischen Mitte als rein numerischem Wert oder numerischer Norm und Mitte als Vorstoß zum Eigentlichen, Wesentlichen. Die erste läßt sich verhältnismäßig leicht erreichen und kann in präzisen demokratischen Spielregeln kodifiziert werden, die zweite ist schwieriger zu treffen und ist nicht in juridischen Reglementierungen adäquat faßbar, sie bleibt aber als der letzte einende Totalisierungspunkt das große eschatologische Motiv, der mächtige Impuls, der die Menschheit nie ganz zur Ruhe kommen läßt und sie immer von neuem über das Erreichte, über den status quo hinaus weiter vorantreibt.

*Anton Bühler, C.S.R.*

## Hauskrach oder Revolution?

Die Tschechoslowakische Volksrepublik erlebt eine gewaltlose Revolution. Es ist eine wirkliche Revolution und nicht nur eine Machtverschiebung. Manche westliche Kommentare meinen zwar, das Geschehen auf einen bloßen Hauskrach in der Partei reduzieren zu müssen, bei welchem «Progressive» über «Dogmatiker» siegten. Damit bleibt man aber an der Oberfläche. Im Grunde handelt es sich um den Aufstand einer zur Bildung gelangten Gruppe gegen den fachlich überforderten Machtapparat. Es ist also keine Volkserhebung, sondern eine Revolution innerhalb der führenden und geführten Schichten, gewissermaßen ein «Klassenkampf» innerhalb der «klassenlosen» sozialistischen Gesellschaft.

Der Erfolg des Aufstandes der Gebildeteren gegen die alte Parteilgarde ist paradoxerweise das Verdienst jener Ideologie, die von eben diesen «Dogmatikern» vertreten wurde. Diese haben eine allgemeine Hebung des Bildungsniveaus postuliert – und erreicht! Das ist die positive Bilanz von zwanzig Jahren kommunistischer Herrschaft! Ihr ist es zu verdanken, daß es zu einer solchen Revolution kommen konnte. Die Ursache des Mißvergnügens hingegen ist in einer andern Bilanz zu finden. Durch den Februarputsch von 1948 war die Tschechoslowakei als ein relativ reiches, stark industrialisiertes Land in kommunistische Hände geraten. Zwanzig Jahre später verlangt eine neue Generation Rechenschaft über die Verwaltung des damals angetretenen Erbes.

Am 28. Oktober 1948 verkündete das neue Regime seinen ersten Fünfjahrplan, der – ganz im Sinne der Ideologie – unter sträflicher Vernachlässigung der Landwirtschaft das ganze Gewicht auf die Entwicklung der Schwerindustrie legte. Manche der Planer erlebten allerdings den ersten Mißerfolg nicht mehr, da sie aus politischen Gründen vor Ablauf des ersten Jahrfünfts abgesetzt oder gar umgebracht wurden.

Ministerpräsident *Siroky* erklärte am 11. Mai 1956: «Während des ersten Fünfjahrplanes traten in der Entwicklung unserer Volkswirtschaft sehr erhebliche Mängel auf ... Es gab krasse Disproportionen, die Erzeugung von Brennstoff und Rohmaterial hinkte beträchtlich hinter der Fertigwarenproduktion her ... Vor allem in der Schwerindustrie waren die Kapitalinvestitionen zu hoch ... Die Bemühungen, den Lebensstandard des Arbeiters fortgesetzt zu heben, ließen nach ... Die Agrarproduktion war

langsam und unzureichend ...» – So also wurde der Start in der sozialistischen Planwirtschaft von den Kommunisten selbst eingeschätzt.

Um den Beginn des zweiten Fünfjahrplanes mit den übrigen Staaten des Ostblocks zu koordinieren, wurden 1953 und 1954 zwei Einjahrespläne eingeschoben. Der neue Fünfjahrplan sah «eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität» durch neue technische Methoden und Verbesserung des technischen Standards der Industrie vor. Das Hauptgewicht lag weiterhin auf dem Ausbau der Schwerindustrie. Allerdings sollte die Landwirtschaft diesmal besser berücksichtigt werden. Nachdem aber erst 40 % der Landwirtschaft kollektiviert worden war, sollte bis 1960 die kollektivierte Landwirtschaft «entscheidend überwiegen». Damit wurde ideologischen vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Vorzug gegeben. Tatsächlich waren 1960 87,4 % des bewirtschafteten Bodens kollektiviert, aber dafür hatte die landwirtschaftliche Produktion nur um 10,4 % zugenommen, während der Plan 30 % vorgesehen hatte. «Die Aufgaben des zweiten Fünfjahrplanes 1956–1960 haben wir nicht erfüllt», lautete das lakonische Bekenntnis des Landwirtschaftsministers *Strougal* auf der ZK-Sitzung vom 9. Februar 1960. Dies hinderte ihn jedoch nicht, im dritten Fünfjahrplan (1961–1965) eine Steigerung der Agrarproduktion um 24 % vorzusehen.

Dem dritten Fünfjahrplan war noch weniger Erfolg beschieden als seinen Vorgängern. Statt vorzeitiger Planerfüllung starb dieser Plan wegen Nichterfüllung schon nach drei Jahren. 1963 lag die Industrieproduktion 0,4 % unter der Produktion des Vorjahres, das Jahr 1964 brachte den Zusammenbruch auf dem Agrarsektor. Nach bewährtem System hatte man wieder einmal die Planer als Sündenböcke zur Verantwortung gezogen. Selbst der Ministerpräsident V. Siroky war am 21. September 1963 ein Opfer dieser Säuberung geworden. Er wurde durch Jozef *Lenart* ersetzt.

Doch innerhalb eines ganzen Jahrzehnts, dessen Mißerfolge immer wieder die Sessel ins Wanken, wenn nicht sogar die Köpfe der Planer zum Rollen brachten, behauptete A. *Novotny* seinen Platz an der Spitze der Tschechoslowakischen Volksrepublik. Seit Dezember 1951 führendes Mitglied des Zentralkomitees, war A. *Novotny* 1953 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei aufgerückt. Im November 1957 war er mit seiner Erhebung zum Staatspräsidenten auf dem Gipfel seiner Macht angelangt. Die fortschreitende wirtschaftliche Regression war allerdings auch seinem Ansehen nicht besonders zuträglich. So darf man sich die Frage stellen, ob *Novotny* ohne eine massive Unterstützung Moskaus im Jahre 1964 nochmals zum Staatspräsidenten wiedergewählt worden wäre. Je wackliger nämlich *Novotny*s Sessel wurde, desto eifriger demonstrierte der Staatspräsident seine Ergebenheit gegenüber der Sowjetunion und ihren Führern. Die Sowjets versäumten denn auch keineswegs, die Situation weidlich auszunützen. *Novotny* mußte sich die sowjetische Unterstützung etwas kosten lassen – und es war die tschechoslowakische Wirtschaft, welche den Preis zu zahlen hatte.

Trotz der mißlichen Wirtschaftslage hatte die CSSR ständig als Geldgeber für Entwicklungsprojekte des Ostblocks aufzutreten. Die gewährten Kredite waren pro Kopf der Bevölkerung sogar höher als die der Sowjetunion. Das Verhältnis zwischen gewährten und angenommenen Krediten lag in der Größenordnung von 3 : 1 zu Ungunsten der CSSR. Nicht genug, daß damit Gelder, welche die eigene Wirtschaft dringend brauchte, gebunden wurden. Die Kredite wurden zudem zu solchen Bedingungen gewährt, daß die Tschechoslowaken dabei immer wieder die Verlierer waren. Es ist kaum vorstellbar, daß die Tschechoslowaken eine solche Kreditpolitik, welche einer Auspowerung des eigenen Landes gleichkam, aus altruistischen Gründen und freiwillig geübt hätten. Eine Reaktion mußte kommen, um so mehr, als ja auch die Bevölkerung die Folgen des Wirtschaftsdebakels mehr und mehr am eigenen Leib zu spüren bekam.

Auch die einseitige Ausrichtung des Handels spielte eine Rolle. Rund drei Viertel des gesamten Handelsvolumens verteilten sich bisher auf die verschiedenen sozialistischen Staaten, wobei die Sowjetunion mit über 35 % gewissermaßen der Spitzenkunde der CSSR war. Dies bedeutete allerdings nur einen frag-

würdigen Vorteil. Die Sowjets nützten diese handelspolitische Abhängigkeit dahingehend aus, daß sie den Tschechoslowaken die Rohstoffe oft zu Preisen lieferten, welche über dem Weltmarktniveau lagen ...

Man kann sich also vorstellen, daß Moskau *Novotny* so lange wie nur möglich zu stützen versuchte und erst nachgab, als die Unnachgiebigkeit in eine Katastrophe zu münden drohte. Aber es kann kein Zweifel bestehen, daß es seinen treuen Verbündeten *Novotny* mit aufrichtigem Bedauern stürzen sah. Die sowjetische Regierung stand mit ihren Gefühlen übrigens keineswegs allein. Die tschechoslowakischen Kommunisten der alten Garde, die Kämpfer der ersten Stunde, hatten ebenfalls allen Grund zu klagen. Von der Weltöffentlichkeit kaum bemerkt, ist auch für die Mehrzahl von ihnen die Uhr abgelaufen.

### «Klassenkampf» in der KP

Man hat im Westen vor allem auf die Tatsache Gewicht gelegt, daß mit *Novotny* der letzte alte Stalinist des Ostblocks gefallen sei. Das mag in einem bedingten Maße auch zutreffen. Doch das eigentliche Phänomen erfaßt es nicht. Ganz leise hatte sich nämlich innerhalb der kommunistischen Gesellschaft eine neue Revolution vollzogen, eine Revolution in Raten, wenn man so sagen darf. – Diese Erscheinung beschränkt sich im übrigen nicht nur auf die CSSR, wenn diese auch im Augenblick dort besonders augenfällig wurde. – Es lassen sich drei Zeitpunkte feststellen, an denen diese stille, langsam voranschreitende Revolution an die Oberfläche durchzubrechen vermochte, wenn sie auch die ersten beiden Male noch nicht stark genug war, sich zu etablieren. Die drei Momente waren:

- 1956/57 die ideologische Ernüchterung nach der Entstalinisierung,
  - 1963/64 die wirtschaftliche Desillusionierung nach dem Planzusammenbruch,
  - 1967/68 der Durchbruch zur nationalen Selbstbesinnung.
- Bei der Machtergreifung galt es eine bestehende Macht aus dem Sattel zu heben und sich selber in diesen Sattel zu setzen. Programm und Ziel waren von der Ideologie her gegeben. Die erste Qualität, die gefordert wurde, war der Glaube an die Wirksamkeit dieser Ideologie und der von ihr verkündeten Ziele sowie der uneingeschränkte Einsatz dafür und gegen die frühere Gesellschaftsordnung. Logischerweise wurden die treuesten Kämpfer in die Spitzenstellungen befördert, wobei nicht primär Sachkenntnis, sondern uneingeschränkte Ergebenheit gegenüber der Partei das wichtigste Auswahlprinzip darstellte. Auf diese Weise ließ sich jedoch ein so hochindustrialisiertes Staatswesen wie die Tschechoslowakei nicht weiterentwickeln. Zudem wuchs an den – von den Kommunisten nicht zuletzt aus ideologischen Prinzipien heraus eifrig geförderten – Hochschulen des Landes eine neue Generation von Fachleuten heran, die den alten Parteifunktionären an Bildung und Sachwissen schließlich überlegen waren.

Es kam notwendigerweise zu einer zunehmenden Unruhe unter den Intellektuellen, die sich mehr und mehr gegen eine Bevormundung durch weniger qualifizierte, aber parteitreue Funktionäre zur Wehr setzten. Der Ruf der Intellektuellen nach Freiheit – oder nach mehr Freiheit – muß vor allem unter dieser Rücksicht gesehen werden. Die alten Parteifunktionäre reagierten vorerst damit, daß sie die Schraube anzuziehen begannen. Damit hatten sie zuerst einigen Erfolg, zugleich aber beschleunigten sie den Gärungsprozeß.

Die alten Funktionäre sahen sich einer doppelt schwierigen Lage gegenüber. Denn sie hatten es nicht nur mit der Opposition der Intellektuellen zu tun, sondern sollten gleichzeitig auch noch ein bislang ungelöstes Nationalitätenproblem, den Gegensatz zwischen Tschechen und Slowaken, bewältigen.

Als die Tschechoslowakische Republik nach dem Zweiten Weltkrieg neu erstand, da hatten sich auch die Kommunisten mit einer föderativen Struktur des Staates, welche der slowakischen Minderheit (vier Millionen gegenüber rund 14 Millionen Tschechen) Rechnung tragen sollte, einverstanden erklärt. Nun war die Slowakei nicht nur industriell stark im Rückstand geblieben und vorwiegend Agrarstaat, sondern die Slowaken waren in ihrer Mehrheit auch traditionell katholisch und aus all diesen Gründen den Tschechen gegenüber mit etwelchen Ressentiments erfüllt. Je mehr die Kommunisten in ihrem Bemühen, eine staatliche zentralistische Einheit zu schaffen, die föderalistische Struktur abbauten und – aus ideologischen Gründen – die katholische Kirche bekämpften, desto stärker wurde in der Slowakei eine Opposition, selbst bei Kommunisten, spürbar.

Wenn man das komplexe Kräftespiel auf einige große Linien reduzieren will, so wird man sagen dürfen, daß die Slowaken eine latente Opposition bildeten, die nur darauf wartete, sich mit einer andern oppositionellen Strömung zu verbinden. Diese zweite Strömung lieferte die Unzufriedenheit der Gebildeteren gegenüber dem Diktat der weniger Gebildeten. Dieser vereinigte Strom hat schließlich nach zwei vergeblichen Anläufen die alte Parteigarde von ihren Sesseln weggerissen.

Das Phänomen darf jedoch in keiner Weise als eine Absage an den Kommunismus verstanden werden, mögen auch gewisse Kreise solche Hoffnungen gehegt haben. Im Grunde genom-

men handelt es sich hier vielmehr um eine Umschichtung innerhalb der Führungsstruktur eines sozialistischen Staates. Aus der einen Klasse der Parteifunktionäre sind zwei Klassen geworden, die sich gegenseitig die Führung streitig machen: die ideologisch Orientierten und die neu aufstrebende Klasse der Technokraten und Manager.

Die Technokraten haben jetzt die Oberhand gewonnen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß unter ihrer Leitung das Land eher prosperieren wird. Insofern es sich um Realpolitiker handelt, welche primär den Nutzen des Landes und nicht nur ideologische Gesichtspunkte berücksichtigen wollen, werden sie sich Andersdenkenden gegenüber toleranter zeigen, solange dies ihren ökonomischen Überlegungen nicht zuwiderläuft.

Damit wird auch die Gefahr einer direkten sowjetischen Intervention weitgehend gebannt. Die Machthaber des Kreml werden es voraussichtlich vorziehen, die CSSR künftig als einen unabhängigeren und selbstbewußteren Partner und Freund zu behalten, denn als einen abhängigen Feind. Ein nächster Umsturz könnte ja die gesamte kommunistische Struktur des Landes in Frage stellen. Die Erklärungen des neuen Parteichefs Dubcek und seines Ministerpräsidenten Cernik deuten darauf hin, daß sie außenpolitisch ganz bewußt diese Karte ausspielen, während sie innenpolitisch, um die Opposition der Slowaken aufzufangen, seit einigen Wochen die Idee einer Tschechoslowakischen Föderation aufwärmen.

*Robert Hotz*

## LATEINAMERIKANISCHES DILEMMA

Die Christen und die Revolution

Daß sich die Situation in mehreren lateinamerikanischen Ländern allmählich einem gefährlichen revolutionären Zustand nähert, dafür häufen sich die Symptome. Das schroffe Nebeneinander von permanentem Hunger, Arbeitslosigkeit, hoher Sterblichkeit auf seiten breiter Volksschichten, die auf einem untermenschlichen Niveau leben müssen, und von ausgesuchtem Komfort, ja kaum vorstellbarem Pomp in der Lebensführung herrschender Kreise hat soviel Sprengstoff aufgehäuft, daß es, wenn einmal der Funke zündet, zur Explosion des ganzen Kontinents kommen könnte. In den landwirtschaftlichen Gebieten, wo die ständige Verschlechterung des Lebensstandards besonders fühlbar ist, mehren sich von Tag zu Tag die sozialen Konflikte. Die Unzufriedenheit nimmt immer aggressivere Formen an, und man muß sich fragen, wie lange die aufflammenden Guerillakriege noch unter Kontrolle gehalten werden können. Kein Wunder, daß das Wort «Revolution», so oder so, in aller Munde ist.

Was man darunter versteht, kann freilich sehr verschieden sein. Der General, der hier oder dort durch die Unterstützung seiner Freunde an die Macht kommt oder eine Palastrevolution inszeniert, rechtfertigt sein Vorgehen seit jeher mit dem Zauberspruch der «*revolución libertadora*», einer Revolution also, die Befreiung bringt. In Wirklichkeit ändert sich kaum etwas, und von mehr Freiheit kann nicht die Rede sein. Oft ist das Gegenteil der Fall.

Demgegenüber verstehen wir unter Revolution – werde sie mit oder ohne Gewalt durchgeführt – den radikalen Wechsel der fundamentalen Strukturen einer Gesellschaft. Revolution in diesem Sinn war sowohl der blutige Umsturz in Frankreich von 1789, als auch der unblutige, industrielle Umbruch in England, der sich in der gleichen Epoche vollzog. Nicht jeder strukturelle Wandel, das ergibt sich aus dieser geschichtlichen Parallele, muß sich notwendig auf gewaltsamem Weg vollziehen. Das könnte grundsätzlich auch für Lateinamerika gelten, würden nicht die Gründe, die für den gewaltsamen Weg sprechen, immer zahlreicher und drängender.

Auf der einen Seite wächst auf Grund der wirtschaftlichen Regression in den meisten lateinamerikanischen Ländern das Elend. Die Produktion hält mit dem Zuwachs der Bevölkerung nicht Schritt, und was an Ersparnissen vorhanden war, annulliert eine erschreckende Inflation. Auf der anderen Seite klammern sich die herrschenden Klassen an ihren Besitz und ihre Privilegien. Zu hoffen, daß sie darauf freiwillig verzichten, ist völlig illusorisch. Im Gegenteil, die Furcht vor der Zukunft und der Wunsch, Zeit zu gewinnen, führen zu immer härteren Formen der Ausbeutung und der Unterdrückung, mit einem Wort: zur Gewalt. Beweis sind die Militärdiktaturen, die allenthalben errichtet werden. Je mehr aber Not und Gewalt wachsen, desto mehr muß man an eine aus ebendieser Not geborene, gewaltsame Revolution denken.

### Die Kirche und die Reform

Obwohl sich der augenblickliche Zustand formell erhält, beginnt die Kirche sich über das Absterben des bestehenden Systems, das dem Gewissen widerspricht, Rechenschaft zu geben. Angesichts einer verschleierte Gewaltherrschaft des Unrechts, eines Lebens von Millionen ohne Würde und ohne Ziel, des langsamen Sterbens unzähliger Menschen, ist es nicht mehr erlaubt, länger zu schweigen und nichts zu tun. Dies veranlaßt einerseits einzelne Gruppen von Christen zu immer schärferem Protest, andererseits werden immer häufiger der Wert der Gewalt und die Erlaubtheit der Gewaltanwendung Thema moraltheologischer Überlegungen. Dabei geht es nicht um eine bloß akademische Reflexion, sondern um eine existentielle Besinnung, denn es steht fest, daß der Christ in Lateinamerika sich früher oder später in einer Situation der Gewalt entscheiden muß.

Geläutert durch den Geist des letzten Konzils hat die Kirche in Lateinamerika begonnen, auf Privilegien der weltlichen Macht zu verzichten und sich mit den Armen und Entrechteten dieser Welt zu identifizieren. Immer mehr Bischöfe, Priester

und Gläubige spüren die Pflicht, die soziale Lüge zu entlarven, die sich in den verschiedenen Formen der Gewalt verbirgt; sie analysieren ihre Gründe und legen Lösungen vor.

Die politische Macht versucht diese Stimmen zum Schweigen zu bringen. Viele Christen – interessiert, ihre Privilegien zu erhalten – beschimpfen sogar Bischöfe, die für einen radikalen sozialen Wandel eintreten, als Marxisten und Kommunisten; Priester werden der Subversion bezichtigt. In Uruguay forderte ein prominenter Katholik, Bruder eines Bischofs, wegen eines energischen Hirtenschreibens von Msgr. Carlos *Parteli* von Montevideo die Intervention der Regierung, um, wie er sagte, die «kommunistische Verschwörung» zu unterdrücken.

Diese Tatsachen sind – mit anderen – Symptome des Druckes und der Unterdrückung, die man aufwendet, um den Protest der Christen zum Schweigen zu bringen. Aber dieser Protest, der heute ein Protest jener Kreise ist, die am klarsten sehen, wird schließlich zum Aufschrei werden. Als Beweis dieser neuen kirchlichen Stellungnahme führen wir in der Folge drei Dokumente an, die hier eine breite Resonanz erfuhren.

### Drei Dokumente

Das erste bedeutende Dokument ist das «Manifest der Bischöfe der Dritten Welt».<sup>1</sup> Es ist unterschrieben von achtzehn Bischöfen, neun von ihnen stammen aus Brasilien. Unter ihnen steht an erster Stelle Dom Helder Camara, der «rote Bischof», ein Hirte, der von den schrecklichen sozialen Problemen seiner Diözese beunruhigt und gequält ist.

Das Manifest anerkennt, daß «alle institutionelle Macht der Gegenwart aus einer Revolution einer mehr oder weniger fernen Vergangenheit stammt, das heißt, Folge eines Bruches mit einem System ist, das das Allgemeinwohl nicht mehr zu garantieren vermochte». Das Manifest behauptet, daß viele Völker der Dritten Welt einen Strukturwandel herbeiführen müssen, und stellt die Frage nach der Haltung, die die Christen und die Kirche in dieser Situation einnehmen wollen. Papst Paul VI. hat mit seinem Rundschreiben «Populorum progressio» einen Weg aufgezeigt. In diesem Sinne sind die Bischöfe der Ansicht: «Die Kirche ist mit keinem System unlösbar verbunden, am wenigsten mit dem internationalen Imperialismus des Geldes.» Sie fordern daher Handlungsfreiheit, um die Treue gegenüber den Armen dieser Welt verwirklichen zu können. «In dem Moment, in dem ein System zugunsten von Privatinteressen einzelner das Allgemeinwohl nicht mehr garantiert, muß die Kirche diese Ungerechtigkeit nicht nur anklagen, sondern sie muß sich von diesem System trennen und mit einem anderen, besseren und gerechteren System zusammenarbeiten.» Die Kirche hat also die Reform nicht zu fürchten, auch wenn sie mit Gewalt vollzogen wird, weil die Ausbeutung und die Entwürdigung von Millionen von Menschen, ohne Aussicht auf eine Änderung, in sich selbst schon einen Krieg der Zerrüttung bedeutet, der seit langer Zeit in hinterlistiger Weise von den Geldmächten geführt wird und ganze Völker vernichtet.

Anläßlich des Jahres des Glaubens wurde in Brasilien – wo die Kirche in scharfer innerer Spannung lebt – ein «Brief von 300 brasilianischen Priestern an ihre Bischöfe» veröffentlicht,<sup>2</sup> in dem sie ihre ersten Gewissensbedenken und Sorgen offen bekennen angesichts der hohen Kindersterblichkeit und des Hungers eines vom internationalen Kapital ausgeraubten Volkes. Sie verlangen ein stärkeres Engagement der Kirche, die Loslösung vom paternalistischen System, das nur dazu dient, das satte Bürgertum vom Gefühl der Schuld zu befreien, ohne daß die Wurzeln der Misere bekämpft werden, weil «die Kirche in der Praxis zur brutalen Ausbeutung des Volkes

schweigt». Statt dessen wird eine entschiedene Verurteilung gefordert, obschon man dieses Verlangen als eine Forderung politischer Natur betrachten könnte. Das Bedeutende an diesem Brief ist die Tatsache, daß die Priester, die das Volk aus der Nähe kennen, der Hierarchie eine radikale Wendung der Haltung und eine Reihe von konkreten Maßnahmen vorschlagen: so soll Schluß gemacht werden mit dem Paternalismus, mit der kommerziellen Ausbeutung von gewissen Volksandachten, mit kostspieligen Kirchenbauten, mit einer unwürdigen, mit dem Geld verfilzten Sakramentenspendung. Sie fragen, «welchen Sinn denn eine liturgische Erneuerung hat, wenn das Evangelium nicht verkündigt wird?» Kann von religiöser Unterweisung die Rede sein, wenn nichts gesagt wird von der «Theologie der Arbeit, vom Mysterium der sozialen Erlösung, von den moralischen Forderungen der Gerechtigkeit in den unterentwickelten Völkern?»

Das dritte Dokument ist der Hirtenbrief von Msgr. *Parteli*, Koadjutor des Erzbischofs von Montevideo.<sup>3</sup> Obwohl es sich um ein lokales Zeugnis handelt, hat es doch einen ganz besonderen Wert, nicht nur ob der sehr offenen Analyse, sondern vor allem auf Grund der Tatsache, daß dem kleinen Ländchen Uruguay – ehemals die «Schweiz Südamerikas» genannt – gesagt wird, es sei die Stunde gekommen, die Wahrheit zu erfahren, «das heißt, sich so unterentwickelt zu wissen, wie die übrigen Länder dieses Kontinents».

Der Hirtenbrief verurteilt aufs schärfste den Imperialismus des Geldes: «Dieses verwerfliche und versklavende System ist nicht menschlich und daher auch nicht christlich.» In der Folge werden die Korruption des Systems analysiert und seine schädlichen Auswirkungen für das Land bloßgelegt und klar gesagt, daß es noch leitende Leute gebe, «die noch nicht in entsprechender Weise die Notwendigkeit von gründlichen strukturellen Reformen, die die Not der Stunde verlangt, wahrnehmen». Man müsse, so wird gefordert, sich endlich einmal überlegen, vor allem auf Seiten der Gesättigten, welches Maß von Gewalt die augenblickliche Lage für jene bedeute, die leiden. Schließlich fügt der Bischof hinzu, «angesichts einer derartig belastenden Situation sündigen wir Katholiken durch Unterlassung, wenn wir uns nicht mit größtem Einsatz bemühen, diese Zustände zu ändern». Wandlungen werden kommen – denn «die Geschichte ist unumkehrbar», und dem Christen fällt die Aufgabe zu, diesen Prozeß zu beschleunigen, anstatt zu versuchen, ihn zu verhindern.

Die Verteidigungsschrift zugunsten der Reformen und die scharfe Verurteilung einer exzessiv konservativen Haltung in der gegenwärtigen Stunde haben eine gewisse Gruppe von Katholiken der oberen Schichten, die eben in diesem Augenblick eine Verurteilung gewisser Reform-Bestrebungen forderten, hart getroffen. Der Hirtenbrief ist ein besonnener Aufruf zur Tat. Aber, das ist nun die Frage, zu welcher Form von Aktion? Denn die Reformen, «welche die Entwicklung erfordert, sind gelegentlich schmerzlich, ein unvermeidlicher Tribut, der jedem Bruch mit festgefügten Situationen zu bezahlen ist».

Der Hirtenbrief verurteilt keinen Lösungsweg a priori, sondern, die verschiedenen Tendenzen vor Augen, ruft er zu einer tieferen Besinnung auf, zu einer authentischeren und persönlicheren Entscheidung des einzelnen Christen in seiner Stellungnahme zum einen und anderen modernen Lösungsversuch. Jene, die sich fest an eine bestimmte soziale Ordnung klammern und jede Gewalt und jeden Wechsel als eine marxistische Inspiration ablehnen, werden gefragt: «Welche soziale Klasse wollen Sie verteidigen, oder sind Ihnen die Ungerechtigkeiten, die die bestehende Ordnung impliziert, nicht bekannt?» Ihre Verantwortung soll ihnen daher schärfer und klarer zum Bewußtsein kommen.

<sup>1</sup> Manifiesto de los Obispos del Tercer mundo – Semanario Marcha, 1379, Montevideo, 1967.

<sup>2</sup> Carta de 300 sacerdotes brasilenos a sus Obispos – Semanario Marcha, 1380, Montevideo, 1967.

<sup>3</sup> Carta Pastoral de Adviento del Sr. Administrador Apostólicos de Montevideo, Msgr. Carlos Parteli, Montevideo, 1967.

Den Christen, die sich für eine Reform durch Gewalt entscheiden möchten (in Uruguay gibt es bereits Priester, die nur auf diesem Wege die Möglichkeit zu einer Lösung sehen), wird in Erinnerung gerufen, «daß man nicht ohne weiteres jede Art von Revolution akzeptieren kann, sondern daß man die Motive, die Ziele, die möglichen schädlichen Wirkungen abwägen muß». Wenn diese schwere Entscheidung getroffen wird, darf das nur geschehen «mit einer totalen Selbstlosigkeit und mit gänzlichem Selbstverzicht», um im Gericht Gottes bestehen zu können. Letztlich muß der Christ selbst im Innern seines eigenen Gewissens entscheiden, welchen Weg er zu wählen hat.

Aber der Hirtenbrief holt noch weiter aus und sagt, daß auch die Kirche selbst in der Problematik der zeitlichen Ordnung eine Entscheidung zu treffen hat: sie darf nicht ein System, das sie als ungerecht betrachten muß, weiterhin unterstützen und ihm Vertrauen erweisen. Sehr oft wird ja gerade durch ihr Schweigen ein System am Leben erhalten, das dem Volk Verderben bringt. «Die Kirche als Institution muß sich von jeder Verbindung mit irgendeiner öffentlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Gewalt lösen, selbst wenn ihr Gefahr droht, verfolgt und kritisiert oder finanzieller Hilfe beraubt zu werden. Wie Christus muß sie bereit sein, jenen, die leiden, zu dienen.»

Im Lichte dieser Dokumente, die wir kurz zusammenfaßten, wird deutlich, daß die Kirche in Lateinamerika sich immer stärker mit der Welt, in der sie lebt, engagiert, daß sie sich mit Liebe und Schmerz zum Anwalt der Entrechteten, der Ausgebeuteten und der Armen macht. In der Tat: es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Dom Helder Camara konnte sagen: «Unsere Irrtümer müssen uns bewußt werden, und die Irrtümer der Kirche sind groß. Lange Zeit hat selbst die Kirche soziale Pflichten nicht erfüllt und das Volk über seine sozialen Rechte und Pflichten nicht unterrichtet. Die Religion darf nicht Opium für das Volk sein, sondern muß dazu dienen, den Menschen zur Freiheit zu führen.»

### Schwierige Entscheidung

Angesichts der Notwendigkeit, eine bestehende soziale Ordnung von Grund auf zu ändern, sieht sich der Christ vor die Entscheidung gestellt, zwischen zwei Wegen zu wählen. Entweder glaubt er, auf dem Weg einer fortschreitenden Umwandlung zu einem höheren Lebensniveau der Völker zu gelangen, oder er gibt die Hoffnung auf eine friedliche Lösung auf und entscheidet sich für den Weg der Gewalt, der die Etappen einer langsamen Entwicklung überspringt. Dies ist das harte Dilemma, das über alle persönlichen Interessen hinweg das Gewissen vieler ernster Christen quält.

Manche setzen ihre Hoffnungen auf den ersten Weg. Zu ihnen gehört Dom Helder Camara. Für diesen Weg der friedlichen Lösung kämpft und predigt er ... Im Volk muß das Bewußtsein geweckt werden, daß die soziale Entwicklung eine unauf-schiebbare Forderung unserer Zeit ist. Dieses Verantwortungsbewußtsein wird es ermöglichen, die Massen in das politische, soziale und wirtschaftliche Leben der Nation einzugliedern, was zugleich den Klassenkampf vermindert. Jenen, die heute noch diese Mahnung an die Massen, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, fürchten, antwortet Helder Camara, daß sie das «Starke, das Schöne, den demokratischen Sinn und den christlichen Geist dieser Bemühung um dieses Verantwortungsbewußtsein verkennen.»<sup>4</sup>

Trotz der immer rascher zunehmenden Not, trotz der Ungeduld der Völker, bleiben die Entwicklungspläne in der Theorie stecken. In einem Arbeits-Dokument über Bevölkerungs-Politik, das für eine Tagung im September des letzten Jahres vorbereitet wurde, stellt das Generalsekretariat der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) fest: «Die sozialen Ziele

der Allianz für den Fortschritt ... sind in Wirklichkeit immer weniger erreichbar.»

Solche Ergebnisse und Erfahrungen, ja die bloße Analyse der wirtschaftlichen Lage, führen andere zur Überzeugung, es gebe nur mehr eine Möglichkeit, das eiserne Gerüst des herrschenden Systems zu zerbrechen: den bewaffneten Aufstand. Sie spüren, daß sie nicht weiter in einer Hamlet-Haltung verharren und nur Worte und wieder Worte predigen dürfen, während ihre Brüder eine unmenschliche Situation erdulden, die schon durch sich selbst ein Unrecht gegen den Schöpfer ist.

### Liebe, die den Tod nicht fürchtet

Ohne Zweifel nur eine heroische Liebe, nur eine verzweifelte Liebe zu den Menschen, die leiden, rechtfertigt vom christlichen Standpunkt her eine so schwerwiegende Entscheidung. Der Rekurs zur Gewalt, als «ultima ratio», als letzter Ausweg aus der permanenten und starren politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung führt zu einer existentiellen Besinnung über die konkreten Umstände, die es erlauben, zur Gewalt zu greifen. Gerade das ist im jetzigen Augenblick zu leisten: eine theologische Rechtfertigung der Revolution in der Welt von heute. Wir haben bereits die rebellischen Stimmen gehört, die Zeugnis ablegen für das erwachte Gewissen in der Kirche und deren scharfe Anklage gegen ein verwerfliches System. Wir haben noch mehr: wir besitzen das Zeugnis von Menschen, die glaubten, sie müßten ihr Leben für die Hungernden, für die Sache der Revolution hingeben, im Bewußtsein, es gebe keinen besseren Beweis der Liebe zum Nächsten. Diese Liebe bis zum Opfer des Lebens war es, die den Priester-Revolutionär Camilo Torres zu seiner Entscheidung führte. In einer bewaffneten Aktion fand er den Tod. Seine «Botschaft an die Christen»<sup>5</sup> redet eine deutliche Sprache: «Ich habe Abstand genommen von den Pflichten und Privilegien des Klerus, aber ich habe nicht aufgehört Priester zu sein. Ich glaube, daß ich mich aus Liebe zum Nächsten für die Sache der Revolution entschieden habe. Ich lese nicht mehr die heilige Messe, um diese Liebe zum Nächsten in der zeitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung zu verwirklichen ... Ich glaube, daß ich damit dem Befehl Christi gehorche.» An einer anderen Stelle fügt er hinzu: «... deshalb ist die Revolution nicht nur erlaubt, sondern verpflichtend für die Christen, die in ihr die einzig wirksame und volle Möglichkeit sehen, diese Liebe gegen alle Menschen zu verwirklichen». Das sind also die Motive, die eine solche Entscheidung rechtfertigen: Liebe zum Nächsten und die «ultima ratio» als einzige Möglichkeit, eine verpflichtende Nächstenliebe Tat werden zu lassen.

Es mag paradox erscheinen: ein Marxist, der diese harte Entscheidung ebenfalls traf, stimmt mit dem Priester Camilo Torres überein. Auch er begründet seine revolutionäre Haltung mit der Liebe zum Nächsten. Zitieren wir ein Wort von «Che» Guevara, gleichfalls besiegelt mit dem Zeugnis des Blutes, ein Wort, das er im Jahre 1965 in einer uruguayischen Wochenzeitung schrieb: «Lassen Sie mich sagen, auch auf die Gefahr hin, lächerlich zu erscheinen, daß der genuine Revolutionär sich von den großen Gefühlen der Liebe leiten läßt. Es gibt keinen authentischen Revolutionär ohne diese Eigenschaft ... Unsere Revolutionäre müssen diese Liebe zu den Völkern als Pioniere verwirklichen. Das Maß der gewöhnlichen, täglichen Liebe ist nicht genügend ... Alle Tage muß man kämpfen, damit diese Liebe zu den Menschen in konkreten Taten sich ausdrücke, in Akten, die als Beispiel und als Mobilisierung wirken können».<sup>6</sup> Hier geht es also um den Verzicht, um die harte eigene Zucht, von der uns Msgr. Parteli in seinem Hirtenbrief gesprochen hat.

<sup>4</sup> De Camilo Torres a Helder Cámara - La Iglesia en América Latina, Cuadernos de Marcha, Nr. 9, Montevideo, 1968.

<sup>6</sup> Che Guevara: el teórico y el combatiente. Cuadernos de Marcha, Nr. 7, Montevideo, 1967.

<sup>4</sup> Vgl. dazu unser redaktionelles Nachwort.

Der gleiche Che Guevara sprach 1961 mit sehr besonnenen Worten in einer Rede im Paraninfo (Aula) der Universität zu den Studenten Uruguays von der «ultima ratio», die den Rekurs zur Anwendung der Gewalt als notwendig erscheinen lasse. «Die Gewalt ist der letzte Ausweg, der einem Volke schließlich verbleibt. Niemals kann ein Volk auf diesen Rekurs verzichten, aber zu diesem letzten Mittel darf man nur greifen, um gegen jene zu kämpfen, die selbst die Gewalt, und zwar in verbrecherischer Weise, ausüben. Wenn wir so sprechen – und das, was ich Ihnen sage, mag Ihnen befremdend erscheinen –, wir beschreiten den traurigen und schmerzlichen Weg des bewaffneten Kampfes, der den Tod über das ganze Land säte, erst, als wir nicht mehr anders handeln konnten.» Che beschloß seine Rede an die uruguayischen Studenten mit der Forderung, «alle Möglichkeiten eines demokratischen Vorgehens auszuschöpfen ... ohne Blut zu vergießen, ohne daß sich ähnliches ereigne, wie in Kuba; denn» – fügte er hinzu – «man weiß wohl, wann der erste Schuß fällt, aber man weiß nie, wann der letzte». Che anerkennt, daß die Revolution mit Gewalt Reformen eines Landes rascher ermöglicht, aber dies ist nicht das Ideal. «Wenn das Streben eines Volkes nach Wohlstand auf friedlichem Weg erreicht werden kann, ist dies das Ideal, für das man zu kämpfen hat.» So lautet das Zeugnis, das Che 1961 den Studenten Uruguays gab. Es ist das Testament eines begeisterten Revolutionärs, eines Fanatikers der Freiheit für die Völker Amerikas.

#### Zusammenarbeit mit den Marxisten?

Eine weitere Entscheidung ist hier noch anzuführen, die der Christ, der die revolutionäre Aktion bejaht, treffen muß: es ist die Entscheidung über die Frage der Zusammenarbeit mit den Marxisten. Gegen eine derartige Zusammenarbeit ist im Prinzip wohl kaum Einspruch zu erheben, handelt es sich doch um eine Aktion zeitlicher, weltlicher Art, einen Weg, um etwas sehr Menschliches zu erreichen: die volle Freiheit. Aber, und das ist nun der eigentliche Fragepunkt: Können die Christen auf diesem Weg ihre eigene Freiheit bewahren und die Gefahr umgehen, als reine Instrumente einer straffen Parteiorganisation mißbraucht und absorbiert zu werden? Das Problem verschärft sich noch, wenn man die bekannte totale Intransigenz der kommunistischen Parteien und im besonderen den blinden, dogmatischen Sektarismus des lateinamerikanischen Kommunismus berücksichtigt. Sogar Fidel Castro sieht die Gefahren, die der kubanischen Revolution aus der Verbindung mit dem Kommunismus drohen. In einem Interview, das er K. S. Karol gewährte und das in der Montevideaner Wochenzeitung «Marcha» veröffentlicht wurde, bekennt er offen seine Abneigung gegen diesen «Kirchturm-Geist» und macht dabei einige sehr bezeichnende Bemerkungen. «Die Sektierer der alten Partei» – sagt er – «schufen uns ernste Probleme: durch ihren wilden Opportunismus, durch ihre Politik

der unbarmherzigen Verfolgung, trugen sie Elemente der Korruption mitten in die Revolution hinein.» Etwas später spricht er indirekt eine bündige Verurteilung der kommunistischen Partei aus: «Die kommunistische Bewegung der meisten lateinamerikanischen Länder hat gezeigt, daß sie zu eng ist, um alle revolutionären Energien einzufangen. Ihre Methoden, ihr Stil sind in der Regel zu exklusiv, zu starr, um nicht zu sagen, zu dogmatisch.» So redet ein Mann, der doch einiges von der revolutionären Praxis in Lateinamerika kennt und versteht.

So sehen die harten Alternativen aus, welche die Kirche und den Christen in dieser bewegten Welt Südamerikas bedrücken. In diesen Ängsten und Sorgen erhebt sich das neue Gesicht einer mündigen Kirche, einer Kirche, die wählen, die sich entscheiden muß. *Galo Martínez Arona, Montevideo|Uruguay*

#### Nachwort

Der Artikel erweckt den Eindruck, als müßte sich in Lateinamerika die Kirche als Ganzes so oder so entscheiden. Demgegenüber betont der mehrmals als Zeuge angerufene Dom Helder Passoa Camara, daß es mehrere sich ergänzende Berufungen nebeneinander geben kann. Anlässlich des christlichen Jugendtreffens in Berlin, wo der Erzbischof im Ernst-Reuter-Saal sprach, erbat er von ihm einige Präzisierungen zu den im obigen Artikel über ihn gemachten Äußerungen. Sie lassen sich thesenhaft wie folgt zusammenfassen:

1. Die gesamte Welt – entwickelte und unterentwickelte Welt – bedarf einer strukturellen Revolution. Unterdrückung gibt es nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den USA und in Europa; ferner leiden die Unterentwickelten gesamthaft an der Unterdrückung durch die Entwickelten.
2. Wer fragt, ob diese Revolution gewaltsam sein müsse oder nicht, muß sich zuerst vor Augen halten, daß schon das herrschende System auf Gewalt gebaut ist und sich nur mit Gewalt erhält. Diese etablierte Gewalt verhindert in Lateinamerika zum Beispiel die Bildungsbestrebungen an der Basis, die den Zusammenschluß in Genossenschaften und Syndikaten möglich machen würde.
3. Die Regierungen, die mit schönen Gesetzen Versprechungen machen, die sie nicht halten und die Papier bleiben, sind selber die Urheber der Gewalttätigkeit. Die Jugend muß zum Schluß kommen, daß man es gar nicht ernst meint und daß man auf dem gesetzlichen Weg nicht zum Zug kommt.
4. Dom Helder erachtet es als seine Berufung, in diesem Sinn den Herrschenden den Spiegel der Wahrheit vorzuhalten und gleichzeitig das Bewußtsein der Massen wachzurütteln. Er respektiert aber die andere Berufung eines Camilo Torres und Che Guevara, und er verheißt den Herrschenden die gewaltsame Revolution, wenn sie nicht einem raschen, den Rückstand von 400 Jahren Versklavung und Kolonialismus aufholenden Strukturwandel zustimmen.
5. Den Jungen in Lateinamerika, die auf eine gewaltsame Revolution hindrängen, hält Dom Helder die Notwendigkeit einer vorausgehenden «kulturellen Revolution» vor Augen, die sie erst befähigen werde, statt fremden, importierten Modellen der Revolution und Reform eigene, autochthone zu entwickeln. *L. K.*

## ZUR FRAGE DES ZÖLIBATS

Professor Anton Antweiler von Münster i. W. hat soeben als Manuskript «Kritische Erwägungen zur Enzyklika Papst Pauls VI. über den Zölibat»<sup>1</sup> herausgegeben. Laut Vorwort war der Religionsgeschichtler, der nicht im Herder-Lexikon, wohl aber im Großen Brockhaus zu finden ist, im Laufe seines Lebens in erster Linie praktisch in der Seelsorge tätig als Pfarrverwalter, Krankenhausrektor und als Leiter von Exerzitien und Einkehrtagen für alle Stände. Auch seine wissenschaftlichen Arbeiten verraten den Zug zur konkreten Wirklichkeit. Forschungsreisen brachten ihn mit vielen

nichtkatholischen Menschen in Kontakt. Nunmehr ist der emeritierte Professor daran, die Bilanz aus seinen Erfahrungen zu ziehen. Bereits vor Erscheinen des Rundschreibens «Sacerdotalis caelibatus» hat er über den Zölibat ein Buch geschrieben, das aber noch nicht veröffentlicht werden konnte. Die von Antweiler vorgelegten Erwägungen sind nicht und wollen nicht eine allseitige Darstellung des Problems sein, das im Pflichtzölibat der Weltpriester liegt. Sie wollen lediglich einen «Diskussionsbeitrag» zur Frage liefern durch eine kritische Analyse des päpstlichen Rundschreibens aus dem Jahr 1967. Der Beitrag ist kritisch, ja eigentlich noch mehr, er ist exklusiv negativ. Wie ein Specht klopfert er die ganze Rinde mit hartem Schnabel ab, um alle Stellen aufzufinden, an denen ein Einwand möglich ist. Er macht sich bewußt zum «Advocatus Diaboli» (Anwalt des Teufels). Man könnte sich fragen, ob eine solche Kritik an

<sup>1</sup> Anton Antweiler, Zur Problematik des Pflichtzölibats der Weltpriester, 1968, ca. 80 Seiten, DM 2,80. Zu beziehen beim Autor Prof. Dr. Antweiler, D-44 Münster, Frauenstraße 1.

einem päpstlichen Rundschreiben erlaubt und ob sie nützlich sei<sup>28</sup> Antweiler antwortet in der Einleitung, der Papst habe gewiß kirchenrechtlich die Möglichkeit, einfach zu entscheiden. Er tue aber mehr; indem er Gründe für seinen Entscheid angebe, erkläre er sich bereit, Gegengründe anzuhören, zumal er sie selbst anführe. Ob dieser Schluß logisch ganz in Ordnung ist, sei dahingestellt. Jedenfalls aber ist der Pflichtzölibat der Weltpriester heute ein echtes Problem. Es kann nur durch eine ernsthafte Darlegung der Gründe für und wider befriedigend gelöst werden. Selbst bei einer Heiligsprechung verlangt die Kirche einen sogenannten «Anwalt des Teufels», dessen exklusive Aufgabe es ist, die Gegengründe vorzubringen. Insofern ist Antweilers Schrift durchaus in Ordnung angesichts seiner ganz begrenzten Zielsetzung. Ja sie ist zu begrüßen, denn es ist gut, daß von einem ernsthaften Gelehrten mit praktischer Erfahrung der Versuch gemacht wird, allen Gegengründen in unbedingter Ehrlichkeit gerecht zu werden, alles, was bei der Verteidigung des Zölibats nicht stichhaltig ist, ohne Beschönigung aufzudecken. Das kann zur Reinigung der Atmosphäre wesentlich beitragen. In dieser Hinsicht verdient besonders die Analyse der in dem päpstlichen Rundschreiben verwendeten Schriftzitate Anerkennung. Kardinal *Döpfner* hat in einer Konzilsrede der letzten Session auf die Notwendigkeit der sauberen Exegese in der Zölibatsfrage bereits nachdrücklich hingewiesen.

Dies alles sei dankbar anerkannt. Trotzdem kann auch ein Bedenken nicht verschwiegen werden. Im Ganzen dieser Arbeit klingt mehr als das reine Verlangen nach Sauberkeit und Sachlichkeit an. Manchmal wird der Ton ausgesprochen affektgeladen, ja beinahe böse, und die Darlegung grenzt an Verdrehung. Stellen des Rundschreibens werden zusammengetragen, ihres tatsächlichen Kontextes entkleidet, und ihr eigentlicher Sinn wird dadurch fast ins Gegenteil verkehrt. Manches wird nach Art von Schlagworten vereinfacht, die nach Wahlreden klingen, obwohl doch gerade hier sehr nuanciert und bescheiden geredet werden müßte.

Selbst der «Anwalt des Teufels» müßte, so scheint uns, ein «Empfinden haben für die überlegene Logik einer Lebensauffassung», die «die gängige Vorstellung vom Leben an empfindlicher Stelle trifft». Das ist nämlich die christliche schlechthin, die so geartet ist, daß sie sowohl dem Beruf des Priesters wie der Berufung zum ehelosen Leben um des Reiches Gottes willen ein inneres Verständnis entgegenbringt, auch bei jenen, die weder zum Priester noch zum ehelosen Leben berufen sind. Das Wort von «denen, die es nicht fassen», darf keineswegs so verstanden werden, daß allen nicht Berufenen ein solches Leben einfach unverständlich wäre. Von da aus erst müßte die Diskussion ihren Anfang nehmen.

Im folgenden bringen wir zum Beleg der Schreibweise Prof. Antweilers aus dem «Ergebnis» der Schrift einige mildere Leseproben. Daran schließen wir einen andern Beitrag zur Zölibatsfrage an, der das Problem in einen größeren Zusammenhang stellt und damit von der Enge, in die es bei vielen geraten ist, vielleicht befreien kann. *M. v. G.*

## Ein kritisches «Ergebnis»

1. Allgemeines. Die Enzyklika will nicht in bezug auf den Zölibat die Gründe und Gegengründe darlegen, klären und gegebenenfalls zurückweisen, sondern die Entscheidung rechtfertigen, daß der Papst nicht willens ist, den obligatorischen Zölibat aufzuheben oder zu lockern. Weder werden die Gegengründe den Gründen für den Zölibat zugeordnet, noch werden sie entkräftet. Die vorgebrachten Gründe treffen nicht oder nur teilweise zu, und die wirklichen Gründe werden nur versteckt oder überhaupt nicht genannt ...

... endlich fehlt die Erwägung, ob die Zölibatsverpflichtung zeitlich begrenzt werden könnte. Vor allem ist bemerkenswert, daß man bemüht ist, jungen Menschen das Angenehme und Erhebende des Zölibats darzutun, ohne sie über das Harte und Unerträgliche in seinem ganzen Umfang und seinen konkreten Schwierigkeiten zu belehren, wozu auch gehören müßte, sie in den Geist unserer Zeit einzuführen, wovon nie die Rede ist, oder wenn, nur in belanglosen Hinweisen. Das liegt auch daran und äußert sich darin, daß man es unterlassen hat, davon zu handeln, daß obligatorischer Zölibat nur in bestimmt gearteten Gesellschaftsformen möglich und manchmal notwen-

<sup>28</sup> Daß an päpstlichen Enzykliken Kritik geübt wird, zeigt eine andere Neuerscheinung zum Zölibat, die einen «praktizierenden katholischen Priester» – wie es im Verlagstext heißt – zum Verfasser hat und unter dem Pseudonym *Gerd Hamburger* herausgekommen ist: *Katholische Priesterehe oder Der Tod eines Tabus?* 10 10 Taschenbuch-Ausgabe, April 1968, 138 Seiten.

dig ist, denen die unsere, die von Wissenschaft und Industrie her bestimmt ist, nicht zugehört; wenn sich aber die Gesellschaftsformen ändern, ändern sich auch die inneren und äußeren Qualifikationsstrukturen.

Was vorgebracht wird, ist unprüfbar und allgemein. Es liegt oberhalb des heutigen Alltags, der darin kaum, wenn überhaupt, unterzubringen ist. Das Übernatürliche wird in zu weitem Feld angeboten und die Erlösung zu ungenau beschrieben. Zu sehr werden Zeiten und Länder und Lebensformen egalisiert, als daß der einzelne sich an seinem Platz wiedererkennen könnte. Gewiß leben wir in einer Zeit der Angleichung. Aber sie darf nicht in jene Bereiche vorstoßen, die sich einer Regelung entziehen oder das angeborene Lebensgefühl gefährden oder abwürgen.

Vom Neuen Testament leitet die Kirche ihren Ursprung her. Daher sollte das Neue Testament auch Grund und Maß aller ihrer Gesetze sein.

Jesus hat weder Bischöfe noch Priester geweiht; weder Rangstufen angeordnet noch Kleidung vorgeschrieben – beides sogar abgelehnt; weder Gesetze erlassen noch Riten festgelegt ...

Der Zölibat ist vom Wesen des Priestertums her nicht gefordert. Wenn der Zölibat in der katholischen Kirche bedeutsam gewesen ist, dann aus Gründen, die geschichtlich bedingt waren und sich ändern können. Daraus folgt, daß auch Auffassung und Bedeutung des Zölibats veränderlich sind.

Charisma als außerordentliche Gabe an einzelne und Pflicht für alle schließen einander aus.

Zwar kann einer sein Charisma als Pflicht empfinden, der er sich nicht versagen darf; die ihn schuldig macht, wenn er sie versäumt; die ihn begleitet und durchblutet wie seine Haut und sein Herz. Aber niemand weiß um diese Pflicht – außer ihm und Gott; niemand prüft ihn – außer er und Gott; niemand richtet ihn – außer er und Gott; niemand sorgt sich um diese Pflicht – außer er und Gott.

Pflicht aber, wie sie als Gegensatz zum Charisma gemeint ist, wird von anderen auferlegt, begutachtet, überwacht, gefordert, gelobt, bestraft. Pflicht ist erzwingbar, Pflichterfüllung kann geheuchelt werden. Auch in diese Pflicht kann allerdings Charisma einfließen, aber nicht, weil sie auferlegt wird, sondern, weil sie dem charismatisch Beschenkten sinnvoll und selbstverständlich ist.

Charisma kann weder befohlen noch organisiert werden.

Charisma kann nicht befohlen werden, denn Charisma heißt Gnade, Geschenk, Ungewöhnliches, Seltenes. Gnade: der Mensch kann es nicht bewirken, kann es nicht geben. Geschenk: man kann Charisma nicht kaufen, bestellen, erdienen, verdienen. Ungewöhnlich: Charisma gehört nicht zum Alltäglichen, zum Üblichen, zum Wahrscheinlichen. Selten: wäre Charisma häufig, gehörte es zum Üblichen, es wäre allgemein, so wie das Leben oder das Denken für den Menschen.

Charisma kann nicht organisiert werden. Man weiß nicht wann, bei wem, wie oft es vorkommen wird, und organisieren kann man nur, was zu mehr als 50 Prozent wahrscheinlich ist ... Das schließt nicht aus, daß Charismatiker Nachfolger gefunden und Institutionen geschaffen haben ...

2. Mängel. Je mehr man sich in die Enzyklika vertieft, um so mehr bemerkt man, daß manches nicht genannt wurde, was vergleichbar oder bemerkenswert gewesen wäre. Einiges davon sei genannt ...

Daß man den Zölibat so sehr verteidigt und fordert, muß auch daher verstanden werden, daß er Gruppenschutz für den Klerus und um seinen Willen für die Kirche ist, ein ebenso wirksamer wie unausgesprochener Beweggrund.

Eine wichtige Frage bleibt aber offen: Was trägt der obligatorische Zölibat dazu bei, die Menschen mit sich selbst, miteinander, mit dem Leben, mit den Geheimnissen und Forderungen des Glaubens, mit dem Bösen auszusöhnen? ...

Wenn sich der junge Mensch in voller Freiheit für den Zölibat entscheiden soll, muß man es unterlassen, ihn daraufhin zu erziehen oder zu beeinflussen, und man müßte das Weihealter so festlegen, daß eine zumutbare Entscheidung in der angemessenen Freiheit möglich wird.

Wer den Zölibat als die höhere Lebensform hinstellt, verletzt die Gleichheit der Gläubigen; wer ihn zum Gesetz erhebt, kritisiert die Schöpfung Gottes ...

*Prof. Dr. A. Antweiler, Münster (W.)*

## Das klerikale System

Dr. med. und Dr. theol. Marc Oraison, Priester, Psychologe und ehemaliger Arzt, sieht das Problem des Zölibats in ein umfassenderes Problem eingebettet.<sup>3</sup> Nach ihm besteht das Malaise, das Unbehagen, schon seit längerer Zeit: es besteht in der Infragestellung der bisherigen institutionellen priesterlichen Situation. Schon die Arbeiterpriesterbewegung war ein Vorzeichen. Nur eine oberflächliche Beobachtung kann annehmen, daß die rechtliche Zölibatsverpflichtung die Ursache des Unbehagens sei. Die Enzyklika «Sacerdotalis caelibatus» vom 24. Juni 1967 ging von dieser Auffassung aus. Viele – Priester und Laien, Gläubige und Ungläubige – vertreten die Überzeugung, daß mit der Aufhebung der Zölibatsverpflichtung alles in Ordnung käme. Obwohl die Beweisführung der Enzyklika von gediegener Traditionalität ist, hat man den Eindruck, daß irgendetwas daran nicht stimmt.

Die Tatsache, daß in den evangelischen Kirchen dasselbe Malaise festgestellt wird – es äußert sich im Aufgeben des Pastorenamtes, in Nachwuchsschwierigkeiten, obwohl keine Zölibatsverpflichtung besteht –, weist eindeutig auf tieferliegende Ursachen. Nach Zeitungsmeldungen haben 22 Theologiestudenten in Genf sich nach Abschluß der Studien geweigert, die Ordination zu empfangen, die zur normalen Seelsorge berechtigt. Sie lehnten nicht die seelsorgerliche Tätigkeit als solche ab, sondern die institutionelle Form der Ordination mit der damit verbundenen Standesauffassung, die der heutigen Situation nicht mehr entspricht.

Das bei Priestern bestehende Unbehagen zu einem sexuellen Problem zu reduzieren, ist ein Irrtum. Die Zölibatsverpflichtung ist nur ein Kristallisationskern eines viel umfassenderen Problems, nämlich: welche Stellung hat in unserer, sich radikal ändernden Welt der Mann Gottes? In seinem Buch: «La peur ou la foi» analysiert Maurice Bellet<sup>4</sup> in aller Offenheit die konkrete Lage: «Wenn der Priester Angst hat vor dem, was er ist, in dem Augenblick, wo die Masken und die Mauern fallen, zu was ist er noch nützlich?» Ob er verheiratet oder zölibatär ist, ist eine zweitrangige Frage. Das eigentliche zentrale Problem ist der traditionelle Begriff «Klerus».

In der Frühzeit der Kirche haben die Personen – Apostel inbegriffen –, welche die Frohbotschaft Christi verkündeten und den christlichen Gemeinden dienten, sich nicht als «sakrale Beamte» verstanden, die vom Volk Gottes verschieden und gesondert sind. Erst im dritten und vierten Jahrhundert hat sich unter dem Einfluß des alttestamentlichen und zum Teil auch des heidnischen Priestertums ein sakraler soziologischer Stand entwickelt. Dann folgt die konstantinische Zeit mit der Gleichschaltung an die staatliche Beamtenhierarchie und der Zerfall des römischen Reiches durch die Einfälle der germanischen Völker. Diese Ereignisse brachten dem Klerus als sakralen Stand politische Gewalt und Aufgaben, zugleich aber auch eine kulturelle Mission als der einzigen Bildungsmacht (mit einer Leistung, die im großen und ganzen positiv einzuschätzen ist). Auf diese Weise bildeten sich zwei Kategorien von Menschen: die Kleriker, die lesen und schreiben konnten, praktisch die damalige Bildung monopolisierten, und die

<sup>3</sup> «Le Monde», Paris, 9. und 10. April 1968. Soeben ist von Marc Oraison in deutscher Übersetzung herausgekommen: Eine Moral für unsere Zeit. Walter-Verlag, Olten/Freiburg i. Br., 1968, 217 Seiten.

<sup>4</sup> Maurice Bellet, La peur ou la foi. Une analyse du prêtre. Desclée de Brouwer, 1967, 404 Seiten.

Laien, die Ungebildeten. – Das französische Wort «clerc» hat bis heute diese Bedeutung «der Gebildete» beibehalten, wie man auch im Deutschen von Laien in der Wissenschaft redet, das heißt Menschen mit geringem Wissen in einem Fach. – In der Gesellschaftsstruktur wurde der Klerus eine soziale Klasse von größtem Einfluß. Wenn jemand Priester Christi werden wollte, mußte er in dieses klerikale System eintreten wie ein Beamter in eine festgefügte Verwaltung. Mit diesem kirchlichen System war vom elften Jahrhundert an der Zölibat verbunden. Jahrhundertlang war der Priester notwendigerweise ein Kleriker, ein Nichtlaie. Das heutige Problem ist nur verständlich, wenn man weiß, daß Priester und Laie keine Gegensätze sind, wohl aber Kleriker und Laie. Laie ist der Gläubige, der nicht zum klerikalen System gehört. Das heute oft gebrauchte Wort Laie mit seiner unklaren Bedeutung drückt genau die unklare Situation aus. Nicht das Priestertum und das Zeugnisgeben wird in Frage gestellt, sondern das klerikale System, das seinen Sinn und seine soziale Funktion verloren hat, seit die Stände verschwunden und die Laien in der Welt und in der Kirche mündig geworden sind. Gegen diese Entwicklung hat sich das System instinktiv durch eine defensive und konservative Haltung zur Wehr gesetzt: Abgeschlossenheit, Immobilismus im theologischen Denken und im Denken überhaupt, Heimweh nach der guten alten Zeit folgten daraus, deren Auswirkungen sich heute zeigen. Diese Einstellung hat sich auch auf die Berufung zum Priestertum und seine Ausbildung ausgewirkt; eine negative Ausbildung, die der Realität der Welt, in der der Priester wirken sollte, nicht entsprach. Das klerikale System wird vom heutigen Menschen nicht mehr anerkannt. Der Mensch des zwanzigsten Jahrhunderts glaubt nicht mehr an Gott und Christus wie im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert; doch das System blieb trotz mancher Anstrengungen der Vergangenheit verhaftet. Kein Wunder, daß Priester, die diesen Wandel spüren, nach einem neuen Standort in der Welt von heute suchen, ihn aber nicht finden. Durch die Ehe hoffen sie, sich wieder in den «Stand der Laien» einzugliedern. Nicht der Zölibat als solcher ist das eigentliche Problem, denn dasselbe Unbehagen offenbart sich auch, wie wir oben gesehen haben, in den evangelischen Kirchen, wo die mit der Ordination verbundene Standesauffassung abgelehnt wird. Das Malaise nur unter dem sexuellen Gesichtspunkt zu sehen und zu erklären, hieße für das eigentliche Problem blind sein.

## Vom Priesterstand zur Mission

Welche Lösung schlägt Marc Oraison vor? Er möchte das Priestertum von der herkömmlichen klerikalen Standesstruktur lösen und ihm eine missionarische Form geben. Er lehnt das Ansuchen jüngerer Priester nach Aufhebung des Zölibates, um als verheiratete Priester weiter in der Seelsorge zu wirken, als Irrtum ab. Denn dieselben Schwierigkeiten würden weiter fort dauern, wie in den evangelischen Kirchen, deren Geistliche, trotz der offiziellen Lehre, eine Art von Klerus sind. Mit der Aufhebung des Zölibats würde dem Mißverständnis Vorschub geleistet, die Ehelosigkeit sei gegen die Natur und nicht verwirklichungsfähig, was klinisch falsch ist. Hiermit soll nicht etwa gesagt werden, Ehe und Priestertum seien unvereinbar, wohl aber, daß die Ehelosigkeit dem Priestertum eine größere Disponibilität gibt und ein Zeugnis für die übersexuelle Liebe ist, die im jenseitigen Reich Gottes herrscht.

Der Exeget Gilbert Bouwman kommt unseres Ermessens auf einem anderen Weg zu einer ähnlichen Feststellung.<sup>5</sup> Nach ihm wurde in der Zeit der

<sup>5</sup> Gilbert Bouwman, Das dritte Evangelium. Einübung in die formgeschichtliche Methode. Patmos-Verlag, Düsseldorf, 1968, 184 Seiten. Paperback, DM 15.80. – Marc Oraison selbst beruft sich für die exegetische Begründung seiner These auf Jean-Paul Audet, Mariage et célibat dans le service pastoral de l'Eglise. Édition de l'Orante, Paris, 1967, 160 Seiten.

Abfassung der Schriften des Neuen Testaments die Grundlage für die späteren «Stände» in der Kirche gelegt. Viele Schwierigkeiten wegen der Struktur der Kirche stammen aus dem Unverständnis für die Tatsache, daß die Entwicklung innerhalb der Kirche durch die Schriftwerdung auf einen zufälligen Zeitpunkt fixiert wurde. Es ist ein gefährlicher Supernaturalismus, annehmen zu wollen, die Entwicklung sei damit ein für allemal abgeschlossen. Denn Jesus lebte in fortwährendem Protest gegen festgerostete Formen und Strukturen des Glaubenslebens seiner Zeit. Die Fixierung hat zur heutigen Funktionsverdunkelung des Priestertums, wie Bouwman sagt, geführt. Man hat allgemein bedauert, daß die Priester auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine vernachlässigte Gruppe waren. Eigentlich sind sie die Nachfolger des Jüngerkreises Christi, aber diese Gruppe wurde in der Geschichte der Kirche aufgespalten in die Mönche, welche die Nachfolge des Herrn als eigenes Ideal für sich in Anspruch nahmen, und in die Bischöfe als Nachfolger der Apostel. Die Priester sind zwischen zwei Stühle geraten. Diese Funktionsverdunkelung führte zur Preisgabe des Priestertums bei den in Verwirrung geratenen Priestern. Sie vergessen, daß der Herr sie als Nachfolger der Jünger zu einer engen Arbeits- und Lebensgemeinschaft mit ihm berufen hat. Noch eine andere Ursache hat die Funktionsverdunkelung. Viele Tätigkeiten des Priesters sind ihrem Wesen nach diakonale Aufgaben. In der heutigen Gesellschaftsstruktur fallen sie für den Priester weg, weil sie besser von «Laien» erfüllt werden. Das Arbeitsgebiet des Priesters wird dadurch auf die ursprüngliche Mission der Apostel und Jünger konzentriert: Verkündigung des Wortes und Liturgie. Die Krise im Priesterzölibat ist zum Teil eine Folge des Wegfalls der diakonalen Funktionen, die auf Grund ihrer unmittelbaren Beziehung auf menschliche Nöte eine wesentliche Kompensation waren.

Für die in Not geratenen Priester schlägt Marc Oraison nicht die Ehe vor, sondern die Ausübung eines weltlichen Berufes, wodurch der Bezug zu den konkreten Menschen enger her-

gestellt wird. Das Selbstvertrauen wird viel tiefer verankert durch das Bewußtsein, vielen helfen und dienen zu können, als sich, wie das bei einer Verheiratung der Fall wäre, nur an eine Person zu binden.

Die Entklerikalisierung des Priesters ist eine Aufgabe, die alle angeht. Die Gläubigen müssen den Priester vom Sockel, auf den er gestellt wurde, herunterholen und ihn in ihre Gemeinschaft als einen der ihren voll aufnehmen. Dann wird auch der Zölibat nicht mehr wie eine magische Beschwörung der Sexualität mißverstanden werden. Heute sind die religiöse Bildung und das religiöse Wissen nicht mehr ein Spezialistentum für Priester, und das Zweite Vatikanische Konzil hat die «Laien» aufgerufen, ernst zu machen mit dem allgemeinen Priestertum.

In der kirchlichen Hierarchie muß der vertikalen Gliederung eine horizontale Zusammenarbeit beigeordnet werden, unbeschadet des bischöflichen Amtes. Manche Bischöfe sind bestrebt, die Mauer, die sie von den Priestern trennte, niederzureißen und den Dialogtyp «Vorgesetzter – Untergebener» oder im besten Fall «Vater – Sohn» durch eine offene Aussprache von «Mann zu Mann» als Mitarbeiter am selben göttlichen Werk zu ersetzen. Sicher ist, daß dieser radikale Veränderungsprozeß langwierig und nicht selten schmerzlich ist, weil jahrhundertealte Traditionen und selbstverständliche Haltungen aufzugeben sind. Die Zölibatsfrage ist nur ein Teilaspekt des radikalen Wandels und wird nur in einem größeren Zusammenhang gelöst werden können.

A. Gommenginger

## Buchbesprechungen

**NORMEN DER GESELLSCHAFT.** Hans Achinger, Ludwig Preller, H. J. Wallraff (Herausgeber). Festgabe für Oswald von Nell-Breuning SJ zu seinem 75. Geburtstag. Pesch-Haus Verlag, Mannheim. Neuauflage (1966).

Festschriften haben es in sich, daß sie meist einer gewissen Inzucht insofern dienen, daß Leute, die sich ohnehin kennen und einig sind, sich nun gegenseitig bestärken, die kritische Sonde vermissen lassen, die Probleme nicht weiterführen. Nicht so hier. Daß in dieser Festschrift Katholiken und Protestanten, Neoliberale und Sozialisten, Gewerkschaftler und Unternehmer sich zusammenfinden, um P. von Nell-Breuning eine Ehrengabe darzubringen, ist ein Zeichen dafür, wie sehr sie dessen unbestechliches Gerechtigkeitsgefühl schätzen, das sich nicht scheut, «nach links wie nach rechts» – nicht selten auch gegen die herkömmliche «Mitte» – seine Wahrheit zu sagen. Wenn hier von «Normen» die Rede ist, dann gewiß nicht in dem Sinn, daß einfach bestimmte Doktrinen, und wären es die Sozialenzykliken, auf die immer wieder sich wandelnde Gesellschaft angewandt werden, sondern daß man sich bemüht, bisweilen sogar von verschiedenen weltanschaulichen Standpunkten aus, zu letzten Grundsätzen menschlichen Zusammenlebens vorzustoßen, von denen aus dann zu konkreten Problemen gemeinsame praktische Lösungen möglich sind. Jene letzten Grundsätze sind, bei manchen Verschiedenheiten im einzelnen, an der Würde, Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen einerseits, der Notwendigkeit und den Werten des freiheitlichen Gemeinschaftslebens andererseits ausgerichtet.

Es hat bei einer solchen Festschrift wenig Sinn, auf die vierzehn einzelnen Beiträge, die ohnehin nicht etwa von einem einheitlichen Plan her aufgeteilt sind, einzugehen. Nur wenige Hinweise seien gestattet. Es ist in diesen Beiträgen wohl von Solidarismus und vom «Naturrecht der Mitbestimmung», von der «zunehmenden Organisationsbedürftigkeit der Gesellschaft», vom Familien-Lastenausgleich und von Rentendynamik in je eigenen Beiträgen die Rede; Subsidiarität, Eigentum, Freiheit bilden jedoch keine eigenen Themen. Drei allgemeine, umfassende Themen bilden den Eingang des Buches:

Über die Einheit von Kirche und Gesellschaft (Heinz-Dietrich Wendland, Münster), Die katholische Soziallehre – ein Gefüge von offenen Sätzen (Hermann Josef Wallraff, Frankfurt), Katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik (Friedrich Karrenberg, Köln, inzwischen leider schon verstorben).

Der Band hat solchen Anklang gefunden, daß trotz des erheblichen Preises eine zweite Auflage notwendig wurde. Er bildet eine würdige Huldigung an das umfassende Lebenswerk eines unermüdeten Schaffers und tapferen Kämpfers für eine gerechte, menschenwürdige Ordnung der Gesellschaft.

**Gustav Ermecke, ÜBER PRESSEFREIHEIT UND PRESSEVERANTWORTUNG.** Pressefreiheit und Geheimniswahrung. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1965, 58 Seiten.

Die Arbeit ist gründlich, kenntnisreich, der Freiheit sehr zugetan – betont und umschreibt aber auch die Pflichten gegenüber der Öffentlichkeit und dem breiten Publikum. Besonders lehrreich und sauber sind die Umschreibungen der Geheimnispflicht, die nicht nur von der positiv gesetzlichen Regelung, sondern vor allem von der Natur der Sache her bestimmt wird. Dabei kann die «Natur der Sache» die Geheimnispflicht sowohl vertiefen und verschärfen wie auch sie lockern und eventuell aufheben. Auch der Staat kann nicht alles Beliebige zum «Geheimnis» erklären, denn das Gemeinwohl des demokratischen Staatswesens verlangt eine angemessene Information der Bürger. – Schwierig ist und bleibt die Pressefreiheit dort, wo sie von verantwortungslosen Elementen mißbraucht wird. Ermecke betont mit Recht, daß sowohl die Publizisten wie auch das Publikum entsprechend erzogen werden müssen. Wo aber eine öffentliche Meinung nicht gesund oder nicht stark genug ist, wird man um gesetzlichen Schutz der wichtigsten sittlich-geistigen Güter nicht herumkommen.

**Marcic René, MENSCH – RECHT – KOSMOS.** Drei Gedankenwege ins Dasein. Reihe: Europäische Perspektiven. Europa Verlags-AG, Wien 1965, 120 Seiten.

Ein glühendes Plädoyer für das Naturrecht, mit kräftigen Formulierungen und einem Plan für ein größeres Naturrechts-Institut an der neu gegründeten Universität Salzburg. In kühnem Gang geht Marcic durch die Geistesgeschichte des Abendlandes und greift bald da, bald dort auf, was seine These stützen kann. Eine genauere Präzisierung der Fragen, die sich heute stellen, wird man freilich in einem solchen Bändchen nicht erwarten dürfen, viel eher kühne Ausblicke, die freilich dann genauer zu überprüfen sind.

J. David

## Josef Rudin Fanatismus

Eine psychologische Analyse  
211 Seiten, 14 Abbildungen, Leinen 19.-

Die erste wissenschaftliche Monographie zu dem aktuellen Thema des Fanatismus. «Das Buch des Schweizer J. Rudin versucht, in Auseinandersetzung mit einigen wenigen Spezialarbeiten auf diesem Gebiet, Kategorien zu schaffen, welche die Vorstellung «Fanatismus» über den Tagesgebrauch hinaus differenzieren. Die möglichen, weit auseinanderliegenden Ursprünge werden gut markiert» (Frankfurter Allgemeine Zeitung).

Walter-Verlag, Olten und Freiburg i. Br.

## Seiler-Hotels Zermatt

1620 m ü. M.

## Mont Cervin Victoria Mont Rose Schwarzsee

Mahlzeitenaustausch  
Vorteilhafte Pauschalpreise

Auskünfte und Prospekte  
durch die Generaldirektion  
der Seiler-Hotels  
Telefon 028 771 04

**Herausgeber:** Apogetisches Institut des Schweizerischen Katholischen Volksvereins.

**Redaktion und Administration** (Abonnement und Inserate): Scheideggstraße 45, 8002 Zürich/Schweiz. Telefon (051) 27 26 10. Postcheckkonto :80-27842

**Bestellungen:** bei der Administration

**Einzahlungen:** Schweiz: Postcheck 80-27842  
Deutschland: Volksbank Mannheim, Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 17525 (Vermerk «Orientierung», Bankkto.-Nr. 12975). - Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Postscheck 60.675 mit Vermerk «Orientierung» (26849) - Belgien-Luxemburg: siehe Schweiz - Dänemark: an P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg - Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065 «Orientierung» C. E. Suisse No 20/78611 - Italien: c/c N. 1/18690 Pontificia Università Gregoriana, Deposito Libri, Piazza della Pilotta, Roma, «Orientierung».

**Abonnementspreise:**

- a) *Ganzes Jahr:* sFr. 17.- / DM 18.- / öS 100.- / bFr. 210.- / dän. Kr. 28.- / FF 20.- / Lire 2500.- / US\$ 4.50
- b) *Halbes Jahr:* sFr. 9.- / DM 9.50 / öS 60.- / bFr. 110.- / dän. Kr. 15.- / FF 11.- / Lire 1300.-
- c) *Gönner:* sFr. 22.- / DM 23.- / usw.
- d) *Studenten:* jährlich sFr. 10.- / DM 10.- / öS 70.- / bFr. 120.- / dän. Kr. 16.- / FF 12.- / Lire 1400.-
- e) *Einzelnummer:* sFr. 1.- / DM 1.- / öS 6.- / bFr. 12.- / dän. Kr. 1.60 / FF 1.20 / Lire 140.-



# theologia publica

Herausgegeben von Ingo Hermann und Heinz Robert Schlette.

Christliche Botschaft darf heute nicht mehr allein der Predigt im Kirchenraum vorbehalten bleiben, sondern muß sich vor der Öffentlichkeit bewähren, die ihre eigene Sprache spricht. Darum kommen in dieser Reihe Autoren beider Konfessionen zu Wort, die diese Sprache sprechen. Aus ihren Vorträgen wird ausgewählt, was über die Tagesaktualität hinausgeht. Neun Bände liegen vor:

Hans Jürgen Schultz  
**Jenseits des  
Weihrauchs**  
106 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.-  
(Band I)

Wolf-Dieter Marsch  
**Die Freiheit  
erlernen**  
157 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.-  
(Band VI)

Ingo Hermann  
**Endstation Mensch**  
123 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.- (Band II)

Walter Dirks  
**Geschäftsführung  
ohne Auftrag**  
138 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.-  
(Band VII)

Heinz Robert Schlette  
**Kirche unterwegs**  
126 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.-  
(Band III)

Heinrich Fries  
**Wegbereiter  
und Wege**  
156 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.-  
(Band VIII)

Dorothee Sölle  
**Die Wahrheit  
ist konkret**  
132 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.-  
(Band IV)

Hans-Dieter Bastian  
**Abseits der Kanze!**  
116 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.-  
(Band IX)

Osmund Schreuder  
**Gestaltwandel  
der Kirche**  
145 Seiten. Kartoniert  
DM 9,80; Fr. 11.-  
(Band V)

*In jeder guten Buchhandlung  
erhältlich.*

WW

Walter-Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau